

Erklärung der Partei und Landtagsfraktion DIE LINKE. Hessen zur Unterstützung einer Rot-Grünen Regierung

Hessen hat Nein zu Koch gesagt. Die Wählerinnen und Wähler haben sich mehrheitlich für einen Politikwechsel entschieden. Die hessische LINKE hat die grundsätzliche Bereitschaft von SPD und Grünen zur Kenntnis genommen, eine Regierung zu bilden, die bei einer Unterstützung durch die LINKE über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würde.

Entsprechend dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler und in dem Willen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe, gleichen Bildungschancen und sozialer Sicherung für Alle einzuleiten, erklärt die hessische LINKE:

1. Der Weg zu einem Politikwechsel in Hessen setzt eine Abwahl des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Koch durch die Neuwahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin und die Bestätigung der von ihr ernannten Regierung aus SPD und Grünen voraus. Die LINKE wird deshalb Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen und ihrer Regierung im Landtag zustimmen. Auf die personelle Zusammensetzung der neuen Landesregierung wird die LINKE keinen Einfluss nehmen. Die LINKE ist nicht Teil der Regierung.

2. Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine weiteren Privatisierungen, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz, keinen Sozial- oder Personalabbau geben. Denn das wäre eine Fortsetzung der CDU-Politik der vergangenen Jahre und dazu ist die LINKE auf keinen Fall bereit. Die LINKE geht nach Gesprächen mit SPD und Grünen davon aus, dass die neue Regierung folgende zentrale Punkte des Politikwechsels in ihr Regierungsprogramm aufnimmt:

- a) Schaffung von 25.000 sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen durch:
- Investitionen des Landes in die Bereiche Bildung, Umwelt und Soziales
 - Neue Perspektiven auch für Langzeitarbeitslose durch eine bessere Förderung beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt
 - Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Stellen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
 - Eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die die Beschäftigungspotentiale insbesondere in der boomenden Umweltbranche endlich auch für Hessen nutzt.
- b) Entwicklung eines Anti-Armut-Programms, um auch wirtschaftlich schwachen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen (bspw. Hessencard).

- c) Beseitigung der Folgen der „Operation düstere Zukunft“.
- d) Reform und Ausbau des Schulwesens mit dem Ziel der Herstellung gleicher Bildungschancen und einer optimalen Förderung eines jeden Kindes.
Diesem Ziel sollen insbesondere dienen:
- Flächendeckendes Angebot und Förderung von längerem gemeinsamen Lernen bis zum 10. Schuljahr
 - Aufbau von Ganztagschulen und kleinere Klassen
 - Einführung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler.
- e) Durchsetzung eines generellen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt.
(Den Ausbau des Frankfurter Flughafens lehnt DIE LINKE nach wie vor aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.)
- f) Energiewende durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien.
- g) Ausbau der Demokratie auf allen Ebenen und zwar für alle dauerhaft in Hessen lebenden Einwohner; insbesondere durch erleichterte Möglichkeiten von Volks- und Bürgerbegehren.
- h) Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs.
- i) Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und Reform des Personalvertretungsgesetzes.
- j) Umfassendes Hessisches Vergabegesetz.
- k) Neuregelung der Ladenöffnungszeiten unter Einbeziehung der Tarifvertragsparteien.
- l) Prüfen der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten, um die Privatisierung der Unikliniken Gießen / Marburg rückgängig zu machen.
- m) Entwicklung eines „Landesaktionsprogramms für Demokratie und Vielfalt und gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus“.

3. Die finanzpolitische Ausgangslage und die Notwendigkeit, die verfassungsrechtlichen Grenzen einer Kreditfinanzierung einzuhalten (Art. 141 Hessische Verfassung), stellt die neue Landesregierung vor die Herausforderung der Bestimmung und Gewichtung politischer Inhalte und Referenzprojekte, die in einen zukünftigen Haushalt einfließen. Die LINKE geht davon aus, dass sich die oben beschriebenen Maßnahmen des Politikwechsels auch im Haushalt widerspiegeln und dabei die Umverteilung zugunsten benachteiligter Menschen, die Stabilisierung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die Steigerung der öffentlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich ein besonderes Gewicht erhalten.

Die LINKE erwartet, dass dabei die Einnahmengenungerechtigkeit und der gesellschaftliche Reichtum thematisiert werden, um mittel- und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen (z. B. Vermögensteuer, Unternehmensbesteuerung, Reform der Erbschaftssteuer).

Unter diesen, insbesondere unter Punkt 2. genannten Voraussetzungen wird die LINKE einem von der Regierung vorgelegten Doppelhaushalt 2009/2010 wie auch den weiteren Haushalten in dieser Legislaturperiode zustimmen. Sie behält sich allerdings das Recht vor, gegenfinanzierte Änderungsanträge zu den Einzelplänen eigenständig im Landtag zu stellen.

Ein kurzfristiger Verzicht auf eine Kreditfinanzierung ist unrealistisch. Der Zeitpunkt, zu dem dies erreicht werden kann, hängt entscheidend von der Entwicklung der Einnahmenseite ab. Die Lebensbedingungen der Menschen dürfen nicht verschlechtert und dringend notwendige Verbesserungen nicht blockiert werden. Eine Sparpolitik wie bei der „Operation düstere Zukunft“ lehnt die LINKE ab.

4. Die Regierung Koch hat zahlreiche Gesetze – darunter auch Grundlagengesetze wie Schulgesetz, Beamtengesetz, Besoldungsgesetz, Gesetz über Sicherheit und Ordnung, Personalvertretungsgesetz, Lehrerbildungsgesetz oder Hochschulgesetz – zeitlich befristet. Die LINKE ist sich mit der SPD und den Grünen einig, dass Grundlagengesetze nicht ersatzlos entfallen können. Andererseits gibt es bei vielen dieser Gesetze einen erheblichen Änderungsbedarf. Es besteht deshalb Einvernehmen, dass sich in allen Fällen alle Beteiligten intensiv um konsensfähige und dem angestrebten Politikwechsel entsprechende Anschlussregelungen bemühen werden. Dabei sollten wenigstens die Verschlechterungen aus der Ära Koch aus den Gesetzen entfernt werden. Zur Überarbeitung der Gesetze sollten Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Sollten diese fristgerecht kein umfassendes Ergebnis erzielen, kommt auch eine Teilreform in Betracht. Sollte auch darüber keine Einigkeit erzielt werden können, wird das Gesetz befristet verlängert.

5. Es besteht Einvernehmen, dass die Koalitionspartner die LINKE zeitgerecht und regelmäßig über anstehende Entscheidungen informieren und hierüber ein Meinungsaustausch mit dem Ziel einer Konsensfindung stattfindet. Die LINKE wird Gesetzentwürfen der Rot-Grünen-Koalition zustimmen, die den getroffenen inhaltlichen Vereinbarungen entsprechen. Die Möglichkeit gemeinsamer Anträge aus dem Parlament sollte verstärkt genutzt werden.

6. Der Politikwechsel in Hessen muss sich auch im Bundesrat auswirken. Der besondere Charakter einer Minderheitsregierung macht es deshalb nötig, dass über dort anstehende Entscheidungen eine rechtzeitige Information und ein Mei-

nungsaustausch stattfinden müssen und dass die Landesregierung im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeit die Positionen der LINKEN berücksichtigt.

Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist nach dem Grundgesetz alleinige Angelegenheit der Landesregierung.

Die LINKE geht davon aus, dass das Land Hessen Initiativen in den Bundesrat einbringen wird,

- a) um den Landtagsbeschluss zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns umzusetzen,
- b) um durch Hartz IV geschaffene Ungerechtigkeit zu beseitigen und hierzu als ersten Schritt den Regelsatz deutlich zu erhöhen,
- c) um die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern, z.B. Vermögensteuer, zu stabilisieren und zu erhöhen,
- d) um das kommunale Wahlrecht für die dauerhaft in Deutschland lebenden Drittstaatenangehörigen einzuführen.

7. Die LINKE wird eine Zustimmung der Hessischen Landesregierung im Bundesrat zu Kriegen, zum Sozialabbau oder zur Vermögensumverteilung zugunsten der Reichen nicht mittragen.

8. Soweit keine Vereinbarungen nach den vorstehenden Ziffern getroffen wurden, behält sich die LINKE vor, eigene Anträge im Landtag zu stellen. Sie wird sich dabei an das vom Landesparteitag in Lollar verabschiedete Positionspapier halten. Das gilt auch hinsichtlich der strittigen Flughafenprojekte Frankfurt und Calden. Die LINKE lehnt diese Projekte nach wie vor ab.

9. Die LINKE ist sich mit SPD und den Grünen einig, dass die weitere Zusammenarbeit den Geboten der Fairness und der Verlässlichkeit folgen sollte und dabei die Gemeinsamkeiten gesucht und die Unterschiedlichkeiten akzeptiert werden (z. B. tritt DIE LINKE. Hessen weiter für die Überwindung von Hartz IV ein). Die positiven Erfahrungen, die bei der bisherigen Zusammenarbeit (z. B. bei der Abschaffung der Studiengebühren, bei der Mindestlohninitiative oder auch beim Abschiebestopp und bei der Härtefallkommission) gemacht wurden, sollten weiter genutzt werden. Die offene parlamentarische Debatte halten wir für wesentlich. Die Unterstützung der Regierung ist unter Berücksichtigung der Inhalte dieses Schreibens auf die Dauer der gesamten Legislaturperiode ausgelegt.

10. Diese Erklärung wird mit dem Mitgliederentscheid der LINKEN wirksam. Die LINKE ist kein Teil der künftigen Koalition und an der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen nicht beteiligt. Die LINKE erwartet, dass die Koalitionspartner in ihren Verhandlungen die vorstehenden Punkte beachten werden. Die Ergebnisse der Koalitionsgespräche ändern aber nichts an der vorstehenden Erklärung. Nach einem positiven Mitgliederentscheid ist diese Erklärung Grundlage für die politische Verlässlichkeit der Partei DIE LINKE in Hessen.